

Pulsnitzer Tageblatt

Hernspracher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Kontokonto Dresden 2135. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Ercheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezueher
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beizeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hanswalde, Ohorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friebersdorf, Thiemenhof, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 235

Freitag, den 8. Oktober 1926

78. Jahrgang

Amtlicher Teil.

In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft in Firma **Gebrüder Haase**, Fabrik von Hosenträgern, Sockenhaltern und Gürteln in **Großröhrsdorf Nr. 273 D** ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen

den 19. Oktober 1926, vormittags 11 Uhr,

vor dem **Amtsgerichte Pulsnitz** anberaumt worden.

Amtsgericht Pulsnitz, den 6. Oktober 1926.

Gewerbesteuer.

Als Unterlage für die Beteiligung der Gemeinden am Steueraufkommen im Steuerjahr 1927 hat jeder Arbeitgeber

bis spätestens **Montag, den 18. ds. Mts.**

eine Nachweisung der von ihm am 10. ds. Mts. beschäftigten Arbeitnehmer einschl. der

Behrlinge und der vorübergehend unbeschäftigten (Kurzarbeiter, Kranke pp.) nach **Wohnorten** getrennt einzureichen.

Die Nachweisungen haben zu enthalten: Namen, Vornamen, Stand, Wohnort und Wohnung der Arbeitnehmer.

Sie sind auf das Genaueste auszufüllen; ihre Einreichung kann nach § 202 der Reichsabgabenordnung erzwungen werden.

Pulsnitz, am 7. Oktober 1926.

Der Stadtrat.

haben im **Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!**

Das Wichtigste

Die gesamte Beute des Berliner Juwelenräubers Spruch ist wieder herbeigefahren worden.

Die englischen Bergarbeiter haben die Regierungsvorschläge abgelehnt.

In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es zu einer blutigen Prügelei.

Wie die Berliner Morgenblätter berichten, stürzte gestern in Staaken ein Flugzeug aus 50 Meter Höhe ab. Der Führer wurde schwer verletzt ins Spandauer Krankenhaus gebracht.

Wie die Berliner Morgenblätter melden, wird Reichskanzler Marx heute vormittag 10 Uhr vom Reichspräsidenten in der Angelegenheit Seckts empfangen werden.

Der Rat der Bolschewikisten in Moskau hat in seiner gestrigen Sitzung das Gesetz über die Einführung der allgemeinen Schulpflicht angenommen.

Wie die Berliner Morgenblätter aus London berichten, hielt Ministerpräsident Baldwin gestern abend in Scarborough auf dem Festabend des konservativen Parteitages eine Rede über die Politik seines Kabinetts. Er betonte, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Ratifikation von Locarno seien ein einzigartiger Triumph der britischen Diplomatie und ein großer Erfolg des britischen Außenministers.

Nach dem letzten Ausweis der Bank von Frankreich haben die Vorkäufe um 300 Millionen und der Notenumlauf um 984 Millionen zugenommen.

Die Vollversammlung des Deutschen Beamtenbundes stimmte den Entschlüssen einstimmig zu. Seitens der Mandatsprüfungskommission wurde noch festgestellt, daß 378 stimmberechtigte Vertreter anwesend waren.

Innerpolitische Hochspannung.

Die Bogen des politischen Lebens gehen in diesen Tagen sehr hoch. Der Rücktritt des preussischen Innenministers Severing und das Abschiedsgesuch des Chefs der Seeresleitung, des Generalobersten von Seckts, haben mit einem Schlag das Interesse aller Volkskreise, das sich in den vergangenen Monaten auf die Außenpolitik richtete, auf die Innenpolitik hinübergezogen. Der Rücktritt des preussischen Innenministers hat allerdings weniger überrascht als die Rücktrittsabsichten des Generalobersten von Seckts. Seit Monaten wußte man, daß Minister Severing seine Kräfte nicht mehr den großen Aufgaben, die das Innenministerium in Preußen an den Minister stellt, gewachsen fühlte. In den sechs Jahren, die der Minister auf diesem Posten stand, hatte er schwere Arbeit zu leisten. Er hat für sein Ressort ernstlich gearbeitet und in seinem Sinne sehr viel für die Ausgestaltung der Republik geleistet, ob immer mit glücklicher Hand und zu aller Zufriedenheit, darüber gehen die Ansichten weit auseinander. Wenn Minister Severing jetzt seinen Ministerposten seinem Parteigenossen Grzesinski einräumt, so wird daraus sofort erkennbar, daß eine Aenderung des Systems Severing durch den Personenwechsel nicht eintreten wird. In Kreisen der sozialdemokratischen Partei herrschte große Neigung, Herrn Noske zum Nachfolger Severings zu machen, aber die Gewerkschaften traten für Grzesinski ein und setzten sich durch. Diese Tatsache, so unwesentlich sie erscheint, ist doch von größter Bedeutung. Wäre Noske an die Spitze des preussischen Innenministeriums getreten, so hätte er zweifellos seinen eigenen Willen und seine Ziele als Richtlinien für seine Politik angenommen, ohne dabei sich von der Partei in seine Amtsführung hineinreden zu lassen. Grze-

Zusammenschluß des deutschen Berufsbeamtentum

Ein Wohnsitz für Kaiser Wilhelm II. — Bericht Dr. Stresemanns vor dem Auswärtigen Ausschuss
Pariser Echo zum Rücktrittsgesuch Seckts

Die Tagung des Deutschen Beamtenbundes

Berlin. Unter zahlreicher Beteiligung der Beamtenvertreter aus allen deutschen Gauen mit Einschluß derer von Danzig und dem Saargebiet sowie Abgeordneter des Reichs- und Landtages begannen am Donnerstag die Verhandlungen der 5. Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Einigungsversuche des Bundes mit den übrigen Gewerkschaften auf Zusammenfassung aller Beamtenverbände zu einer

Einheitsfront des gesamten deutschen Berufsbeamtentums.

Der unter dem Namen **Deutscher Beamtenbund** fortbestehende Einheitsverband setzt sich zum Ziel die Zusammenfassung aller deutschen Berufsbeamten auf parteipolitisch und konfessionell neutraler Grundlage. Beide bisher selbständig gewesenen Spitzenorganisationen legen ihren Bestand der angeschlossenen Gewerkschaften und Verbände sowie ihre Aktiven und Passiven zusammen. Organisatorisch sollen alle Beamten einer Verwaltung in sachliche Gliederungen zusammengefaßt werden. Dies ist in großen Zügen das Programm des neuen Beamteneinheitsbundes, der damit

rund 1 150 000 Mitglieder

umfaßt und somit die außerhalb der Vereinigung anderweitig organisierten Beamten in einer Gesamtzahl von etwa 100 000 Köpfen als bedeutungslose Minderheit erscheinen läßt.

In einer großen Kundgebung unter Teilnahme des Reichskanzlers Dr. Marx und der Regierungsspitzen wird die Bedeutung dieses neuen Zusammenschlusses ihre gebührende Würdigung erfahren.

Regierung und Beamtenenschaft.

Der Tätigkeitsbericht des Bundesvorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes.

In dem Tätigkeitsbericht ging der Bundesvorsitzende Flügel auf die Stellung der Regierung zu den Beamten ein. Solange der neue Staat bestände, hätte die Beamtenenschaft die Erfahrung machen müssen, daß die Belange der Berufsbeamten immer wieder hätten zurücktreten müssen hinter andere Probleme. Die Beamten hätten jederzeit durchaus Verständnis dafür bewiesen, daß es für die Regierung Aufgaben gäbe, die denen der Beamten voranzustellen seien. Aber darunter könnten unmöglich dauernd die dringendsten Beamtenfragen leiden. Er wolle noch einmal feststellen, daß

der Beamtenabbau ein schwerer Irrtum

gewesen sei und sich nicht wiederholen dürfe. Die Beamtenenschaft müsse wachsam sein, daß nicht etwa ein neuer Abbau einsetze, sei es unter falscher Flagge oder unter anderer Firmierung, wie unter der verächtlich erscheinenden Verwaltungsreform.

Der Redner ging dann auf

die verschiedenen Forderungen der Beamten

ein, auf die noch immer verminderten Rechte der Reichsbahnbeamten und der weiblichen Beamtenenschaft und begrüßte dabei die Erklärung des Reichsinnenministers, wonach nicht Abbau, sondern Festigung des Berufsbeamtentums die Forderung der Zukunft schon aus staatspolitischen Gründen sein müsse.

Die Einigung aller Berufsbeamten sei nötig geworden, weil die Beamtenenschaft sich im Mittelpunkt eines konzentrischen Angriffes weiter Volkskreise befände. Es gäbe Volksteile, die den Beamten scheel ansehen. Es mußte festgestellt werden, daß eine Sicherung der Beamtenenschaft nötig sei, um eine lückenlose und reibungslose Inbetriebhaltung der Staatsmaschine zu gewährleisten.

Klagen der Bahn-, Gemeinde- und Polizeibeamten.

Die 5. Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes wurde fortgesetzt mit der Erstattung des Kasernenberichtes und Ausführungen des Prüfungsausschusses, denen sich eine Aussprache anschloß. Ein Vertreter der Beamten der Deutschen Reichsbahn wandte sich in scharfen Worten gegen die Sonderstellung dieser Beamtenkreise, die im Gegensatz zu den unmittelbaren Reichsbeamten kündbar sei, und die bis zum heutigen Tage noch keinen Vertreter im Verwaltungsrat der Bahn aufzuweisen habe. Während mit dem verstorbenen Generaldirektor Deser die Beamtenenschaft in einem Vertrauensverhältnis gestanden habe, habe es der neue Generaldirektor Dörpmüller, obgleich er nunmehr schon vier Monate im Amte sei, nicht der Mühe für wert gehalten, sich mit der Beamtenenschaft in Verbindung zu setzen.

Veranlaßt auch durch den so rigorosen Abbau an technischem Personal, der die Sicherheit auf den Bahnen durch erhöhte Anforderungen an die Beamten gefährde, sei unter dem gesamten Personal der Bahn eine große Verbitterung eingetreten, die verstärkt werde durch das Fehlen jeglicher Fühlungnahme zu den oberen Instanzen.

Von der Seite der Kommunalbeamten wurde betont, daß durch die Verwendung von rund 50 Prozent Angestellten das Berufsbeamtentum in den preussischen Gemeinden abichtlich verdrängt werde. Es sei unerhört, daß im Gesetzentwurf für den endgültigen Reichswirtschaftsrat die deutsche Beamtenenschaft nur durch einen einzigen Delegierten vertreten sein soll, und der Bund müsse für eine Vermehrung der Beamtenliste eintreten.

Von den Landbeamten wird ein Einheitsgehalt gefordert, das eine Staffellung durch den Ausbau der Ortszuschläge erfahren soll. Bei den Polizeibeamten machen sich große Befürchtungen geltend, daß die Gesetzgebung sie wieder in eine Sonderstellung drängen wolle und sie damit zu Staatsbürgern 2. Klasse degradieren. Ein Anknüpfen gegen diese Bestrebungen, die letzten Endes

